

Konflikt um Guatemalas Eldorado

Bischof Ramazzini steht der lokalen Bevölkerung im Kampf gegen eine Goldmine bei

Guatemalas Landbevölkerung kämpft gegen die grösste Goldmine Zentralamerikas. Während ihr kaum Mitspracherecht gewährt wird, moniert Bischof Ramazzini die Begünstigung der ausländischen Bergbaukonzerne.

Nicole Anliker

«Der Goldabbau bringt unserem Land nichts. Auf diese Weise wird die Armut nicht gelindert», sagt der guatemaltesische Bischof Alvaro Ramazzini bei einem vom schweizerischen Guatemala-Netz und von Amnesty International organisierten Pressegespräch in Bern. Der ältere Herr mit der tiefen, klaren Stimme wirkt seit 22 Jahren als Bischof des Bistums San Marcos im westlichen Hochland Guatemalas. Er hat sich in den vergangenen Jahren einen Namen als Kämpfer für die Rechte der Landbevölkerung gemacht.

Fehlendes Mitspracherecht

Die Goldvorkommen Guatemalas hatten bereits im 16. Jahrhundert spanische Eroberer in das zentralamerikanische Land gelockt. Heute sind es ausländische Rohstoffkonzerne, wie das kanadische Unternehmen Goldcorp Inc., die den Abbau des Edelmetalls betreiben. Goldcorp fördert das Gold der Mine Marlin im Departement San Marcos im Cyanid-Tagebau aus. Es ist die grösste Zentralamerikas. Seit sechs Jahren wird hier Gold herausgelöst. Ebenso lange gibt es Widerstand von der lokalen, vorwiegend indigenen Maya-Bevölkerung. Ramazzini unterstützt sie dabei.

Mit Strassenblockaden und Protestmärschen wehren sich die Gemeinbewohner einerseits gegen die sozialen und ökologischen Folgen des Goldabbaus. Andererseits pochen sie auf ihr Recht auf Konsultation, das in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verankert ist, die von Guatemala 1996 ratifiziert wurde. Sie klagen über verschmutztes Wasser, gesundheitliche Beschwerden, beschädigte Häuser, Vertreibungen und einen enormen Landverbrauch. Als Reaktion auf das fehlende Mitspracherecht veranstalten sie eigene Ratsversammlungen. Dabei spricht sich jeweils eine grosse Mehrheit gegen die Goldmine aus.

Dass es der lokalen Bevölkerung beim Widerstand vor allem um die Verteidigung ihrer Existenz geht, veran-

schaulich der im Internet abrufbare Dokumentarfilm «El oro o la vida» (Gold oder Leben). Die Regierung begegnet dem Widerstand mit Gleichgültigkeit. Die Ratsversammlungen gelten in der Gesetzgebung als unverbindlich, und die Proteste werden laut Ramazzini oftmals gewaltsam aufgelöst. Selbst die von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, einem unabhängigen Organ der Organisation Amerikanischer Staaten, angeordnete vorübergehende Schliessung der Goldmine im Mai 2010 stiess bei der Regierung auf taube Ohren. Man sehe keinen Anlass, die Mine zu schliessen, liess die Regierung verlauten.

Löchriges Bergbaugesetz

Das gegenwärtige Bergbaugesetz Guatemalas datiert aus der Zeit nach der Unterzeichnung der Friedensverträge von 1996. Nach 36 Jahren Bürgerkrieg sollten ausländischen Unternehmen wie Goldcorp Investitionsanreize geschaffen werden. Im Zuge dieser Bestrebungen wurden die Abgaben gesenkt, während sich der Goldpreis vervielfachte und die Unternehmen grosse Profite machten. Sichtlich genervt von dieser Tatsache, bezeichnet Ramazzini das Gesetz als eine Schande. Mit einem derart löchrigen Gesetz würden die Konzerne nicht nur Armut, sondern auch ein ökologisches Desaster hinterlassen.

Welche Perspektiven sich für die betroffenen Gemeinden nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Otto Pérez Molina im Januar eröffnen, ist laut Ramazzini schwer zu beurteilen. Dieser habe im Vorfeld versprochen, die Meinung der lokalen Bevölkerung zum Bergbau zu respektieren. Da sich die Zusammensetzung im Parlament kaum verändert hat, bezweifelt Ramazzini Pérez Molinas Handlungsspielraum. «Wir können nur hoffen», meint er abschliessend.